



AK – Prinz Eugen-Strasse 20-22, 1040 Wien

## EU-Lohntransparenz-Richtlinie

Sehr geehrte Frau Kommissarin Dalli,

wir wenden uns an Sie, weil wir mit großer Besorgnis Anzeichen vernehmen, dass die für Herbst geplante Vorlage der EU-Lohntransparenz-Richtlinie verschoben werden soll.

Die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und bei der Entlohnung ist der Bundesarbeitskammer Österreich als Vertreterin von fast vier Millionen ArbeitnehmerInnen ein großes Anliegen, das wir auch auf EU-Ebene aktiv unterstützen. Mit großer Freude haben wir es daher aufgenommen, dass es in der aktuellen Legislaturperiode eine eigene Kommissarin für Gleichheitspolitik gibt.

Auch das ambitionierte Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und die Vorlage der umfassenden „EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025“ machen große Hoffnung auf echte Fortschritte in der EU. Ein Kernstück dieser Fortschritte ist die für Herbst geplante Lohntransparenz-Richtlinie, die ein wichtiger Beitrag zur fairen Entlohnung wäre.

Umso mehr gibt uns das noch informelle Arbeitsprogramm der EU-Kommission Anlass zu Besorgnis, da der Herbst in Bezug auf die EU-Lohntransparenzrichtlinie in Frage gestellt wird.

Falls das zutrifft, bitte wir Sie dringend, diesen Ansatz zu überdenken. Maßnahmen zur Sicherung der Lohngleichheit dürfen nicht in Frage gestellt und auch nicht aufgeschoben werden. Überall in der EU sind es die Frauen, die die systemkritischen Bereiche wie Gesundheit, Pflege und Handel am Laufen halten – viele davon ungerechterweise unterbezahlt und unterbewertet. Der Grundsatz des „gleichen Entgelts für gleiche Arbeit“ ist in den Europäischen Verträgen verankert und gilt auch – und erst recht – in Zeiten der Krise.

Die Covid-19-Pandemie hat zudem aufgezeigt, dass die realen Löhne von ArbeitnehmerInnen wie Reinigungskräften, im Einzelhandel, im Transportwesen, in der Pflege und im Gesundheitswesen nicht dem realen Wert, den sie für Gesellschaft und Wirtschaft erbringen, entsprechen. Transparenz zu schaffen wäre ein erster wichtiger Schritt zu mehr Fairness, den sich die Beschäftigten auch zweifellos verdient haben. Deswegen ersuchen wir Sie dringend, die angekündigte Richtlinie zur Lohntransparenz wie geplant im Herbst vorzulegen.

Ein Aufschieben der Lohntransparenz-Richtlinie wäre jedenfalls unverständlich, weil die Krise riesige Kosten verursacht, die Umsetzung der Richtlinie jedoch nur sehr geringen Aufwand verursachen würde. Die Unternehmen werden aktuell und richtigerweise mit Instrumenten wie Liquiditätshilfen,

Staatshaften oder Kurzarbeit massiv unterstützt – im Gegenzug ist ein Mehr an Lohntransparenz im Betrieb ein Beitrag, den die meisten Unternehmen sicher zu leisten bereit sind. Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, dass die EU nach der COVID19-Pandemie eine gerechtere ist als davor.

Wir ersuchen Sie somit dringend, die Verschiebung dieser wichtigen Richtlinie zu überdenken und freuen uns auf Ihre positive Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Anderl  
Präsidentin